

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: im Jahr monatlich 2,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Geschäftsstelle und Redaktion: Oberbahnhofsstraße 2 / Fernsprecher: 17239 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18691
Erscheinenszeiten: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitags von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neunmal getippte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM. Für die Restzeile anschließend an den dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L., Oberbahnhofsstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Freitag den 3. Januar 1930

Nummer 2

Neuer ungeheuerlicher Korruptionsstandal

Regierungs- und Gemeindebeamte beteiligt — Internationaler Widerhall der Matrosenmeuterei — Landbund hat Seansucht nach Futtermitteln — Streik der AEG-Arbeiter gegen Stilllegung — Die Vulkanwerft stillgelegt

5-15 Prozent Provisionen

Festessen und Autofahrten für Aufträge

Dresden, den 3. Januar 1930.

Wie wir von der kommunistischen Landtagsfraktion erfahren, werden in der Colas-Kalaspalt GmbH Geschäfte getätigt, die einen geradezu ungeheuerlichen Korruptionsstandal darstellen. Die Colas, die ihren Sitz in Dresden, Münchener Straße 1b, hat, soll 5-15 Prozent „Entschädigung“ für die Vermittlung von Aufträgen zahlen. Eine Anzahl sächsischer Regierungsbeamter hat den Staatsdienst quittiert, um bei der Colas feste Pfunde zu übernehmen. Der ehemalige Oberamtsbaumeister Pöfller nahm seinen vorzeitigen Abschied, um als Verkäufer der Colasergewinnliste bei der „Trinidad“, Deutsche Oel- und Asphalt-AG, gegen ein Mindesteinkommen von 25 000 RM, das ihm vertraglich zugesichert wurde, einzutreten. Außer Pöfller sollen noch eine Anzahl Personen aus hohen Staatsstellen in die Trinidad übergestellt sein, um sich dort eine feste Pfunde zu schaffen. Die mit Trinidad verbundene Colas ist ein internationales Unternehmen und scheint vorwiegend die ganzen Geschäfte zu tätigen. Um den Asphalt zu „künstlichen“ Bedingungen abgeben zu können, sollen periodisch Festessen organisiert werden, zu denen Beamte der Städte und Länder eingeladen werden.

Ist den amtlichen Stellen schon einmal die Frage aufgekomen, warum eine Anzahl Großstädte nur bei der Colas Geschäfte abschließt, die einen offiziellen (sehr niedrigen) und einen inoffiziellen (bedeutend höheren) Preis berechnet?

Wir sind überzeugt, daß diese unsere Enthüllungen einige Verwirrung an den Stellen hervorrufen werden, die dafür verantwortlich sind, daß ein solcher Standal möglich ist. Wir werden in den nächsten Tagen unsere Enthüllungen dokumentarisch belegen und alle beteiligten Personen sowohl in Dresden, Sachsen als auch außerhalb Sachsens namentlich bezeichnen. Dieser Korruptionsstandal ist nur ein Beweis dafür, wie weit der Verkaufungsprozeß des kapitalistischen Systems gediehen ist und vor allen Dingen eine Lösung des Rätsels, wozu die ungeheuren Summen der Gemeinden fließen, die heute so bewegliche Klagen über ihre Finanznot führen.

Diese kurzen Bemerkungen, zu denen konkretes Material vorliegt, veranlassen uns, an die Verantwortlichen die Fragen zu richten, auf die wir unverzüglich eine klare Antwort fordern. Dabei bemerken wir, daß bei eventueller Gedächtnisschwäche der Herrschaften wir in der Lage sind, mit Dokumenten nachzuweisen.

Ist es richtig, daß in Berlin ein OM-Wagen bei der Deutschen Kraftverkehr durch die AEG gekauft, der später für 4000 RM „verkauft“ wurde, daß der „Verkauf“ getätigt wurde, indem der „Käufer“ eine Quittung von 4000 RM unterschrieb, ohne auch nur einen Pfennig gezahlt zu haben?

Ist es richtig, daß Beamte der Straßenbau-Abteilung 300 RM für Pläne und Zeichnungen als Abschlagszahlung erhielten, die sie der Colas lieferten?

Ist es richtig, daß der Stadtbaurat Gleiber einen Wagen angeboten erhielt, den dieser aber ablehnte, weil er einen offenen Wagen nicht wünschte und später einen geschlossenen Wagen gestellt erhielt?

Ist es richtig, daß Angehörige von noch im Staatsdienst stehenden Beamten, die auf Vergebung von Straßenbauaufträgen Einfluß haben, an von der Trinidad veranstalteten Autofahrten eingeladen wurden und an Essen im Englischen Garten, Dresden, und in Tepitz teilnahmen?

Im Dienste des Youngkurses

Die Stromabnehmer der Stadt Bauken sollen geschröpft werden!

Vor kurzem wurde berichtet, daß die Stadt Bauken sich in schwerer Finanzlage befindet, daß die Einnahmen nicht ausreichen, die Aufgaben der Stadt zu erfüllen. Herr Oberbürgermeister Niebner hat nunmehr den „Stein der Weisen“ entdeckt, um den Schwierigkeiten zu begegnen durch ein Finanzprogramm, dessen Kernstück eine unechte Schröpfung der kleinen Stromabnehmer ist. Die Strompreise sollen erhöht werden, so bestimmt Herr Niebner, damit kein Feilschapparat aufrechterhalten werden kann und die Stadt den Kapitalisten weitere Subventionen zu gewähren in der Lage ist. Die Strompreise sind schon heute unerschwinglich hoch. Die Kilowattstunde kostet 48 Pf. und auf dem Lande 52 Pf., allerdings nur für Kleinabnehmer. Die Industriellen zahlen bedeutend weniger, 7,9 Pf. pro Kilowattstunde bei einem Selbstkostenpreis der Stadt von 4,5 Pf.

„den Strompreis für Kleinabnehmer auf 30 Pf. pro Kilowattstunde herabzusetzen, für Großabnehmer um 10 Prozent zu erhöhen. Das würde bedeuten, daß die Industriellen noch nicht einmal 5 Pf. pro Kilowattstunde zu zahlen hätten.“

Die Einnahmehöhe, die die Stadt trotzdem erzielen würde, ist darauf zurückzuführen, daß der Stromverbrauch der Kleinabnehmer, Arbeiter, Kleingewerbetreibenden, Angestellten, Bauern usw. nur etwa 18 Prozent und der Großabnehmer 87 Prozent beträgt. Dagegen wehren sich Herr Niebner und alle Fraktionen von Jung bis Alten. Sozialdemokraten stimmten einträchtig mit den Deutschnationalen gegen die Anträge der Kommunisten und unterstützten so die Ausplünderung der kleinen Strombezieher durch die Stadt.

Aber diesmal wird die Erhöhung den Herrschaften nicht ganz leicht werden. Mit Recht ist eine große Empörung besonders in den Dörfern bei den kleinen Bauern, die ohnehin schon nicht mehr in der Lage sind, die vielen Lasten, die ihnen aufgebürdet sind, zu tragen. Die Kommunisten werden das ihrige tun, die Dörfer zu mobilisieren, um diese Empörung zu einem aktiven Kampf der Bauernmassen gegen den neuen Raubzug zu gestalten, und dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeiter und Bauern Schulter an Schulter gegen die schändliche Klassenausplünderung ankämpfen.

Der Geist der heldenmütigen Matrosen von 1918 lebt!

Begrüßungstelegramm der KP Frankreichs an die KPD anlässlich der Meutereien auf Kreuzer „Emden“

Paris, 3. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Anlässlich der revolutionären Meutereien auf dem deutschen Kreuzer „Emden“ hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs folgendes Telegramm an die Kommunistische Partei Deutschlands geschickt:

„Die Kommunistische Partei und die revolutionären Arbeiter, Soldaten und Matrosen Frankreichs begrüßen die Aktionen der roten Matrosen der „Emden“, die wie allen französischen Arbeitern zur Kenntnis bringen werden. Wir erwarten von euch die Steigerung eurer Arbeit zur Zerschlagung der bürgerlichen Armee und Macht mit dem Ziel der siegreichen Errichtung der proletarischen Diktatur.“

Die „Humanität“, die den Wortlaut des Telegramms veröffentlicht, bemerkt dazu:

„Die Aktion der roten Matrosen beweist, daß der Geist jener heldenmütigen Matrosen noch lebt, die 1918 von Kiel aus den Funken der Revolution durch Deutschland trugen.“

1930 — vor großen Aufgaben!

Von einem politischen Gefangenen

Der Verlauf des Jahres 1929 hat voll auf die Perspektiven bedingt, die vom 6. Weltkongreß der Komintern aufgestellt wurden: Verschärfung aller imperialistischen Widersprüche, Verschärfung des Gegensatzes zwischen Weltimperialismus und Sowjetunion, Verschärfung der Kriegesgefahr, speziell der imperialistischen Interventionsgefahr gegen die Sowjetunion, Verschärfung aller Klassengegensätze und damit aller Klassenkämpfe. Die liquidatorischen Kräfte an diesen Verwicklungen des 6. Weltkongresses haben mit ihren „Weisheiten“, daß sich der Kapitalismus mehr und mehr festigt, daß keine akute Kriegesgefahr besteht und auch keine Zuspikung der Klassenkämpfe vor sich zieht, ehe ein Schiffbruch erlitten. Wirtschaftlich, politisch, kulturell: auf allen Fronten hört die Bourgeoisie immer härter vor, um die ins Wanken geratenen Grundlagen ihrer Herrschaft wieder zu festigen.

Die Entwicklung der Wirtschaftskämpfe des letzten Jahres demonstrierte uns eindeutig und klar die Richtung unserer Perspektiven. 1928 war das Jahr in Deutschland, das — nach den Statistiken der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie — die wichtigsten Streiks und Streiktage in der Nachkriegszeit aufzuweisen hat. Im Jahre 1927 folgten sich die Kämpfe, und eine große Welle bedeutender wirtschaftlicher Kämpfe ging 1928 nicht nur durch Deutschland, sondern durch die ganze imperialistische Welt. Sie fand ihre Fortsetzung und Steigerung im Jahre 1929.

Über wir hatten es 1929 nicht nur mit einer einfachen Fortsetzung der Kämpfe von 1928 zu tun, sondern auch mit ihrer Führung auf höherer Stufenleiter. Noch im gewaltigen Kampfe der 230 000 Metallarbeiter des Ruhrgebietes — Ende 1928 — lag die Führung in den Händen der reformistischen Bürokratie. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition vermochte im Laufe des Kampfes etwa die Hälfte dieser gewaltigen Masse unter ihre ideologische und auch teilweise organisatorische Führung zu bringen. Doch ihre Kraft reichte noch nicht aus, der reformistischen Bürokratie, die sich an die Spitze des Kampfes gestellt hatte, um ihn abzuwürgen, die organisatorische Leitung restlos zu entreißen.

Viel härter schon kristallisierten sich die Kampffronten in den diesjährigen Metallarbeiterkämpfen in Berlin heraus. Auch dort, wo die Bürokratie (die Streikbrecher Ulrich und Konsorten) die Streiks zunächst antwortete, standen die Kämpfe von vornherein fast überall unter der Leitung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, war die Front von vornherein gegen den Dreibund gerichtet: Unternehmertum, Gewerkschaftsbürokratie und kapitalistische Staatsgewalt. In diesen Kämpfen zeigte sich, daß nur die revolutionäre Gewerkschaftsopposition unter Führung der Kommunistischen Partei, der roten Betriebsräte und der revolutionären Vertrauensmännertörper in den Betrieben das organisierende Zentrum erhaltener wirtschaftlicher Kämpfe ist.

Am härtesten trat das in dem zehn Wochen langen Kampfe der Berliner Kohlergeher hervor. In diesem Kampfe ging das Verbreden der reformistischen Bürokratie schon so weit, die schweibehobenden Vertrauensräte der IAW-Mitglieder durch Organisierung des Streikbruchs dem Unternehmertum direkt dienstbar zu machen. In der Provinz wurde Heilungsmonteur, die zum Streikbruch nach Berlin gehen wollten, von ihren Arbeitern erklärt, daß die Hälfte der Auslösung vom IAW beizubringen sei. Die Hälfte der Staatsgewalt, mit in Berlin bezogen wurde!!! Mit Hilfe der Staatsgewalt, mit Hilfe des in größtem Maße organisierten freigewerkschaftlichen Streikbruchs gelang es, den Kampf der auf Vorposten stehenden Kohlergeher, trotz bereits erzielter größerer Teilerfolge, abzuwürgen.

Diese Kampfmethoden beweisen auch ihrerseits, daß die Bewegungen des letzten Jahres auf einer höheren Stufe als die der Vorjahre geführt wurden.

Die Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe führte naturgemäß auch zur Verschärfung des politischen Kampfes. In diesem Jahre haben wir zum ersten Male seit 1924 zu verzeichnen, daß größere Arbeiterkämpfe in politische Streiks eintraten. Zum ersten Male seit 1924 wurde am 1. Mai 1929 wieder von vielen Betrieben großer Betriebe (Ruhr usw.) Arbeiterruhe durchgeführt. Noch härter trat das in den Proteststreiks bedeutender Arbeiterkämpfe gegen das sozialdemokratische Maßlaib in Berlin hervor, ebenso anlässlich der Antitragtagungen am 1. August. Seit 1924 waren das die ersten größeren Arbeiterruhelegungen — wenn zum Teil auch nur stundenweise —